

AL Info⁵ / 25

- 3 Im Interview spricht Gemeinderatskandidat Luc Kummer über seine Politisierung, städtische Partizipationsverfahren und Reclaim Wiedikon – und erklärt, weshalb Architektur für ihn politisch ist.
- 5 Stadtratskandidatin Tanja Maag und Gemeinderatskandidatin Linda Gosteli erläutern im Gespräch die Idee einer «Caring Community».
- 8 Gemeinderatskandidat Nikola Radošević über die Proteste von Studierenden in Serbien als Ausdruck eines tiefen gesellschaftlichen Wandels.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Radikal sozial

In wenigen Monaten endet meine erste Legislatur im Gemeinderat. Kurz nach den letzten Wahlen konnte ich für Regula Fischer nachrücken. Dreieinhalb Jahre später ist es Zeit für eine erste Bilanz. In den Medien zieht man dafür gern Zahlen heran: Welche Partei hat wie viele Abstimmungen gewonnen oder welche:r Politiker:in hat am meisten Vorstösse durchgebracht? Parlamentarische Politik wird auf die (Miss)Erfolge in einzelnen Sachgeschäften reduziert. Ich selbst erwische mich auch dabei. Prägend war für mich etwa die Einreichung meines allerersten, unterdessen umgesetzten Vorstosses zur Abschaffung des Strafbestands «Teilnahme an einer nicht bewilligten Demonstration». Auch die Durchsetzung des Teuerungsausgleichs für Lernende, die Erweiterung der Fachstelle für Gleichstellung oder das Nein zur Auslagerung des Stadtspitals, das ich nach über einem Jahr mühsamer Kommissionsarbeit erreichen konnte, sind mir als Highlights persönlich haften geblieben.

Für systemischen Wandel

Alle Mitglieder der AL-Fraktion könnten auf solche für sie bedeutende Erfolge im Parlament verweisen. Das Alltagsgeschäft zwingt uns zu diesem abstimmungsfokussierten Denken. Der Erfolg der Alternativen Liste in dieser und in den vorangehenden Legislaturen lässt sich jedoch kaum auf eine Liste von Geschäften oder Volksabstimmungen reduzieren. Die AL ist und bleibt die einzige Partei in diesem Parlament, die für tiefgehenden systemischen Wandel kämpft und nicht einfach mit Wirtschafts-

wachstum finanzierte Pflasterlipolitik betreibt. Wir haben seit unserer Gründung als linke Opposition unsere Finger auf die wunden Punkte der dominierenden Mitte-Links Koalition gelegt.

AL als Taktgeberin

Das zeigt Wirkung: Während unsere sozialdemokratischen Genoss:innen vor 20 Jahren noch städtisches Land im Baurecht an Profitunternehmen vergaben, sehen sie sich nun gezwungen, Volksinitiativen gegen ihre eigenen Stadtratsmitglieder zu lancieren. Über Jahre hinweg wurden unsere Ideen als radikal verschrien, heute verkaufen sie diese als ihre eigenen. Das Paradebeispiel dafür ist der Kampf gegen Airbnb und Business-Apartments, den die SP nun, 15 Jahre nach uns, auch für sich entdeckt hat. Oft aber sind wir die Einzigen, die einen systemischen Wandel und nicht nur kosmetische Verbesserungen erwirken wollen. Genau diese Hartnäckigkeit für einen Wandel, der seinen Namen auch wirklich verdient, habe ich in den letzten Jahren in unserer Partei bei zahlreichen Themen verspürt. Die radikale Konkretheit, mit der die Fraktion parlamentarische Geschäfte angeht, erfüllt mich mit Genugtuung und macht mir Hoffnung auf die Zukunft.

Radikal sozial – immer und überall

Nicht nur im Kampf für einen grundlegenden Wandel nimmt die Alternative Liste eine zentrale Rolle ein. Die zu Ende gehende Legislatur hat erneut verdeutlicht, wie wichtig unsere Stimmen im Gemeinderat für jene Menschen sind, denen sonst oft nur ein Nebengedanke

gilt. Während die Grünen sich jeder geplanten Baumfällung entgegenstellen und die SP sich für die Mittelschicht und die Petite Bourgeoisie echauffiert, haben wir gegen die soziale Isolation der gesellschaftlich Schwächsten gekämpft. Ob Radgenossenschaft der Landstrasse, Gesundheitsversorgung von Sans-Papiers, interkultureller Dolmetscherdienst im Stadtspital für migrantische Menschen oder mehr Ferien für Schichtarbeitende: Wir versuchen nicht nur eine Politik für den Mittelstand zu machen, sondern auch für jene, die im Parlament oft vergessen gehen. Damit waren wir leider nicht immer erfolgreich. Wir sind aber unserem Grundsatz treu geblieben, dass genau diese Menschen Unterstützung am dringendsten benötigen.

Rosa Luxemburgs Appell

Wir kämpfen nicht nur für sofortige soziale Verbesserungen. Wir wollen Reformen, die nicht nur die kapitalistischen oder diskriminierenden Auswüchse beseitigen, sondern auf den Kapitalismus und auf Unterdrückungssysteme selbst abzielen. Mit diesem von Rosa Luxemburg formulierten Grundsatz bin ich in die Legislatur gestartet und meine Arbeit im Gemeinderat hat mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass die AL Rosa Luxemburgs Appell ernst genommen hat. Es freut mich deshalb umso mehr, dass Anfang nächsten Jahres nun endlich ein Platz in dieser Stadt nach ihr benannt wird – dank der AL.

Moritz Bögli,
AL-Gemeinderat

Jetzt Wahlkampagne unterstützen!



Termine

Dienstag 6. Januar, 18 Uhr:

AL-Neujahrsapéro, Helsinki Klub,
Geroldstrasse 35, 8005 Zürich.

Freitag 16. Januar, 18 Uhr:

Fussballfilm-Abend Copa 71,
Comedyhaus, Albisriederstrasse 16,
8003 Zürich.

Dienstag 20. Januar, 19 Uhr:

Podium zum Areal des alten Kispì,
GZ Hottingen, Gemeindestrasse 54,
8032 Zürich.

Donnerstag 22. Januar, 19 Uhr:

Treffen der AL-Gesundheitsgruppe,
AL-Sekretariat, Molkenstrasse 21,
8004 Zürich.

Dienstag 27. Januar, 19 Uhr:

AL-Vollversammlung, Gemeinschafts-
raum Hellmi, Hohlstrasse 86c, 8004
Zürich.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils
online abrufbar auf unserer Website
unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21,
8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Amina Arn, Christian
Caspar, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,
Oesch Reliefdruck AG

Layout Amina Arn, Christian Caspar

Redaktion Amina Arn, Christian
Caspar, Lisa Letnansky, Andrea
Leitner, Rosa Maino, Patrik Maillard,
Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikations-
organ der Alternativen Liste. Der
Abonnementspreis von CHF 10 ist im
Mitgliederbeitrag enthalten.

Reclaim Wiedikon!

Seit Jahren werden in Wiedikon immer
mehr Wohnungen zweckentfremdet und
in kommerzielle Business Apartments
umgewandelt. Dadurch geht Woche für
Woche bezahlbarer Wohnraum verloren.
Die von der AL aktiv mitgetragene Quar-
tieraktion Reclaim Wiedikon organisiert
Widerstand dagegen. Auf seiner Website
zeigt Reclaim Wiedikon anschaulich den
Vormarsch von Airbnb und Business
Apartments im Quartier. Mit Spaziergän-
gen wird auf das Problem aufmerksam
gemacht und Betroffene können sich
vernetzen und Erfahrungen austauschen.
Politisch fordert Reclaim Wiedikon einen
sofortigen Zulassungsstopp für neue
Business Apartments und eine Rückgän-
gigmachung aller Umnutzungen seit 2020.
Reclaim Wiedikon. Reclaim Zürich.



Wohnraum für Menschen statt Profite.
reclaim-wiedikon.ch

Alternative Liste in Aktion



Grosser Aufmarsch besorgter
Anwohner:innen am 29. November am
Quartiersspaziergang zu den Business
Appartements im Kreis 3 (Bild: AL)



Von der AL-Quartiergruppe Kreis 4+5
organisiertes Podium zum Gestaltungs-
plan Seebahn-Höfe am 30. Oktober mit
Vertreter:innen von BEP, ABZ, dem Komitee
«Seebahnhöfe retten» und der AL (Bild: AL)



AL-Aktivist:innen sammeln am Abstim-
mungssonntag über 1000 Unterschriften
für die Mietpreis-Initiative des MV – im Bild
Stadtratskandidatin Tanja Maag (m.) und
die Kreis 9-Gemeinderatskandidat:innen
Manuela Schiller und Dani Gnägi vor dem
Albisriederhaus (Bild: AL)

«Architektur ist politisch»

Luc Kummer kandidiert auf Platz 3 im Kreis 3 und macht eine klare Ansage: Architektur ist politisch – und wir müssen unsere Quartiere und die Stadt zurückerobern.

Luc, Du bist wie viele, die in der AL politisieren, nicht in Zürich aufgewachsen.

Ich bin 1982 geboren und in Wald, einer eher ärmlichen Industriegemeinde im Zürich Oberland, aufgewachsen. Nach einer Lehre als Hochbauzeichner in Rüti habe ich in Winterthur an der ZHAW einen Master in Architektur gemacht. Seit 15 Jahren lebe ich in Zürich mit meiner Familie im Letziquartier.

Was hat Dich politisiert?

Politisches Engagement und Musik gehörten für mich immer schon zusammen. Ich bewegte mich ab 2000 in Subkultur-Szenen. Dann kamen die Demos gegen den Irak-Krieg, besetzte Häuser, das 1. Mai-Fest. Später politisierten mich Fragen in meiner beruflichen Tätigkeit und die Stadt- und Quartierentwicklung in Zürich.

Heute führst Du mit einem Partner zusammen ein Architekturbüro.

Wir machen vor allem Wettbewerbe für öffentliche Bauten. So konnten wir bereits zwei Schulhäuser bauen und arbeiten im Moment an einem dritten. Es ist eine erfüllende Aufgabe, für Kinder eine gute, anregende Umgebung zu schaffen. Meinen Beruf verstand ich schon immer als politisch. Bauen beeinflusst uns alle, beeinflusst die Entwicklung der Stadt. Im Vergleich zu meinem Studium werden heute in der Architekturausbildung ökologische und soziale Aspekte selbstverständlich thematisiert. Ob sie in der Praxis zum Tragen kommen, hängt allerdings von den Auftraggeber:innen ab.

Wie und warum bist Du zur AL gekommen?

2013, über den Stadtrats-Wahlkampf für Richi Wolff. Ich kannte Richi als Dozent aus Winterthur, ein cooler Typ. Ich habe mich gemeldet, um Flyer für ihn zu verteilen. Später habe ich immer mal wieder als Listenfüller kandidiert. Ich schätze an der AL, dass sie jede noch so kleine Möglichkeit ausreizt, jeden kleinen Hebel nutzt, um Verbesserungen zu erreichen.

Vor ein paar Jahren bist Du in der Arbeitsgruppe Wohnen & Planung eingestiegen. Was hat das gebracht?

Ich bin dort seit Anfang aktiv dabei. Für mich ist das eine Win-Win-Situation. Es findet ein fruchtbarer Transfer zwischen



Kreis-3-Gemeinderatskandidat Luc Kummer (Bild: AL)

Beruf und Politik statt. Wir können unser Fachwissen als Architekt:innen einbringen und lernen gleichzeitig die Mechanismen der Politik kennen. Ein positives Beispiel sind die Hochhaus-Richtlinien. Mit unserer Einwendung konnten wir Forderungen platzieren, die jetzt in der parlamentarischen Diskussion aufgenommen werden.

Im Moment beteiligst Du dich an Partizipationsverfahren der Stadt.

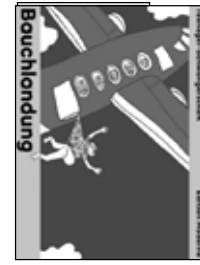
Die Stadt plant professionell und ich bin froh, gibt es diese Partizipationsverfahren. Sie finden leider spät im Prozess statt. Vieles ist verwaltungsintern schon vorgespart. Beim Josef-Areal geht es deshalb darum, das Maximum an preisgünstigen Wohnungen zu realisieren, damit Zürich West mit mehr Wohnraum ein lebendigeres Quartier wird. Wir hinterfragen dafür bereits geplante öffentliche Nutzungen auf dem Areal und fordern damit eine gewisse Flexibilität der Verwaltung. Bei der Planung für das Schlachthof- und das benachbarte Media-campus-Areal steht für mich in dem durch Wachstum stark unter Druck stehenden Letzi-Quartier die Schaffung von nichtkommerziellen Freiräumen im Vordergrund.

Du bist schon voll im Wahlkampfmodus...

Ich kandidiere auf Platz 3 im Kreis 3 und kann mir ein Mandat durchaus vorstellen. Wir haben eine tolle Quartiergruppe. Mit unserer Quartieraktion «Reclaim Wiedikon» haben wir einen Nerv getroffen. Auf einer Karte zeigen wir im Internet, wo überall in Wiedikon Wohnraum für Quartierbewohner:innen durch Business Apartments und professionelle Airbnb-Anbieter verdrängt wird. Dass so viele Leute an unseren Quartiersspaziergang vom 29. November gekommen sind, war ein echter Aufsteller.

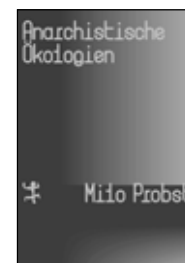
Interview: Niklaus Scherr, Redaktionsmitglied

AL-Kulturtipps:



Judith Stofer empfiehlt «Bauchlandung» von Wanda Dufner, Edition Moderne 978-3-03731-273-5.

Diese knallbunt und wild gezeichnete und witzig, aber auch bitterböse, erzählte Graphic Novel lässt einen von Anfang an in einen Strudel aus Emotionen, Humor und Einsichten geraten. Die Autorin und Illustratorin Wanda Dufner erzählt ihre Geschichte, fiktiv verfremdet, der eigenen ungewollten Schwangerschaft als Teenagerin. Sie startet ihre turbulente Reise mit einem unheimlichen Traum der 17-jährigen Protagonistin Noemi, einen Monat vor ihrer richtigen Schwangerschaft, der sie an einer Flugzeugtür baumelnd als Schwangere zeigt. So dramatisch wie im Traum geht die Geschichte weiter bis zur Geburt. Sie erzählt von üblen Reaktionen und Vorurteilen, ihrem überforderten Umfeld, Blicken auf ihren zunehmend grösser werdenden Bauch, reflektiert ihr damaliges Nichtverhältnis zum eigenen Körper, ihre Einsamkeit im ganzen Trubel. Trotz allem: sehr empfehlenswert.



Lisa Letnansky empfiehlt «Anarchistische Ökologien» von Milo Probst, Matthes und Seitz, 978-3-7518-2044-8.

Milo Probst zeigt in «Anarchistische Ökologien», wie ökologische Kämpfe radikal demokratisch, herrschaftskritisch und solidarisch gedacht werden können – jenseits grüner Staatsgläubigkeit und neoliberaler Klima-PR. Das Buch verknüpft feministische, antikapitalistische und ökologische Perspektiven zu einer klaren Analyse: Nachhaltigkeit gelingt nur, wenn Machtverhältnisse bröckeln und Räume kollektiver Selbstorganisation wachsen. Verständlich geschrieben, theoretisch fundiert und politisch inspirierend – ein starkes Argumentarium für alle, die Ökologie nicht dem Markt oder technokratischen Apparaten überlassen wollen. Probst erinnert daran, dass echte ökologische Transformation nur von unten kommt – durch Menschen, die sich zusammentun und ihre Lebensräume selbst gestalten.

2022–25: Taten statt Worte

Beim Zusammenstellen dieser Legislatur-Bilanz hat die Info-Redaktion selber gestaunt. Obwohl eine kleine Partei, konnte die Alternative Liste, namentlich beim Wohnen und in der Gesundheitspolitik, wichtige Fortschritte erkämpfen und viele Projekte, welche die AL vor fünf, zehn oder mehr Jahren angerissen hat, konnten zum Erfolg geführt werden.

Für zahlbares Wohnen

Airbnb und Business Apartments: Nach 10 Jahren Verzögerungspolitik setzt der Stadtrat 2022 endlich das von der AL erkämpfte Verbot kommerzieller Zweitwohnungsnutzungen in Wohngebieten fest. Trotz häufiger Rekurse könnte er das Verbot jetzt schon durchsetzen, weigert sich aber beharrlich.

Wohnraumfonds: Im Juni 2023 sagt das Städtzürcher Stimmvolk mit Zweidrittelsmehr Ja zum 300-Millionen-Wohnraumfonds für die Unterstützung gemeinnütziger Wohnbauträger. Angestossen wurde er 2018 durch eine Motion der AL.

Autoarmes Wohnen: Eine AL-Motion zur Anpassung der Parkplatzverordnung findet im Oktober 2023 breite Unterstützung. Die Bewilligung von Bauprojekten für autoarme und autofreie Wohnformen soll wesentlich vereinfacht werden.

Siedlung Leutschenbach in Seebach: 2024 werden dort 349 städtische Wohnungen vermietet. Die Überbauung geht auf eine Einzelinitiative der früheren AL-Gemeinderätin Catherine Rutherford zurück.

Harsplen Witikon: Dank AL-Widerstand gegen eine geplante Zonenplan-Revision kann die Stadt 2024 das 3 Hektaren grosse unbebaute Areal von der Swisscan to erwerben. Dort soll die erste städtische Wohnsiedlung in Witikon mit 370 Wohnungen entstehen.

Mehr Alterswohnungen: Im Juni 2024 sagen 91% der Abstimmenden Ja zu «Plus 2000 Alterswohnungen bis 2035». Die AL hat die Initiative konzipiert und einen Löwenanteil der Unterschriften gesammelt.

Umsetzungsinitiative: Die im September 2024 eingereichte AL-Initiative verlangt, dass auf Arealen, wo dank Aufzonungen dichter und höher gebaut werden darf, die gesamte Mehrausnutzung als preisgünstiger Wohnraum im Sinn von § 49b PBG realisiert wird.

Josef-Areal im Kreis 5: Dank einer im Januar 2025 überwiesenen AL-Motion werden dort mehr städtische Wohnungen geplant.

Siedlung Letzi: 2025 werden an der Hohlstrasse in Altstetten 265 preisgünstige städtische Wohnungen bezogen – dank

einer Referendumsdrohung der AL musste die SBB der Stadt das Bauland günstig verkaufen. Dort entsteht auch der Rosa-Luxemburg-Platz, der auf einen Vorstoss von AL-Gemeinderat David Garcia Nuñez zurückgeht.

Mehr subventionierte Wohnungen: Auf Antrag der AL beschliesst der Gemeinderat im September 2025 eine Behörden-Initiative an den Kantonsrat für eine Verdoppelung der kantonalen Wohnbau-Darlehen.

Gesundheit für alle

Interkultureller Dolmetscherdienst: Auf Antrag der AL beschliesst der Gemeinderat im November 2022 ein 4-jähriges Pilotprojekt für die beiden Stadtspitäler.

Soziale Rezepte: Gestützt auf eine AL-Motion spricht der Gemeinderat im August 2024 2.5 Mio Franken für ein Pilotprojekt für medizinisch indizierte soziale Verschreibungen.

Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers: 2018 überweist der Gemeinderat eine AL-Motion für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Personen ohne Krankenversicherung, namentlich Sans-Papiers. Nach einem erfolgreichen 5-jährigen Pilotprojekt (2021–2026) beantragt der Stadtrat im August 2025 die definitive Weiterführung.

Für mehr Kaufkraft und faire Gebühren

Senkung Abwassergebühren: Dank einer AL-Motion werden die Abwassergebühren von 2022–2025 um 80 Prozent gesenkt; Städtzürcher Haushalte werden um 60 Mio Franken pro Jahr entlastet.

Senkung Abfallgebühren: Von 2023–2026 werden die Sackgebühren um ein Viertel, die Abfall-Grundgebühren um drei Viertel reduziert. Auslöser war eine Motion der Alternativen Liste.

Energiekostenzulage: Um die rasant gestiegenen Nebenkosten für Heizung und Warmwasser abzufedern, erhalten für die Heizperiode 2022/23 17'000 und für die Periode 2023/24 24'000 Haushalte mit bescheidenem Einkommen einen Zuschuss in Höhe von mehreren hundert Franken. Angestossen wurde die Zulage durch ein Postulat der AL im April 2022.

ewz-Bonus für alle: Nachdem eine Parlamentarische Initiative im Gemeinderat gescheitert ist, reicht die AL im Dezember 2024 eine Volksinitiative ein. Angesichts der rekordhohen Handelsgewinne aus den Jahren 2023–2025 verlangt sie die einmalige Ausschüttung eines 80-Millionen-Bonus:

Alle ewz-Bezüger:innen in der Grundversorgung sollen einen Pauschalbetrag von 340 Franken erhalten.

Für Service Public – gegen Privatisierung

Städtische Fernwärme aus einer Hand: Im September 2023 beschliesst der Gemeinderat die Zusammenlegung der Fernwärme-Aktivitäten von ERZ, Energie 360° AG und ewz unterm Dach von ewz. Den Anstoss gab 2021 eine von der AL initiierte Motion. Mit dem Zusammenschluss erfolgt eine teilweise Rekommunalisierung der 1998 ausgegliederten Gasversorgung.

Nein zur Ausgliederung des Stadtsitals: Die Alternative Liste kämpfte von Anfang an ohne Wenn und Aber gegen die Ausgliederungspläne des Stadtrats. Als Taktgeberin im Kampf gegen eine Privatisierung konnte sie am 27. März 2024 mit dem Nein einen grossen Erfolg verbuchen.

35-Stundenwoche im Schichtbetrieb: Eine AL-Motion für einen Pilotversuch wurde bereits im März 2023 überwiesen, doch der Stadtrat verzögert eine Umsetzung.

Teuerungsausgleich für Lernende: Dank einer Motion von Sophie Blaser und Moritz Bögli erhalten 2'500 Lernende der Stadt Zürich 2025 einen Teuerungsausgleich von 5.1%.

Keine Goodies für Stadtratsmitglieder: Im September 2023 überweist der Gemeinderat einstimmig eine AL-Motion, wonach die Mitglieder des Stadtrats alle Entschädigungen aus Verwaltungsräten und Mandaten in Drittinstitutionen, namentlich Honorare, Sitzungsgelder und Pauschalspesen, vollumfänglich an die Stadtkasse abliefern müssen.

Öffentlicher Raum

Kommerzielle Werbung im öffentlichen

Raum: Im März 2025 überweist der Rat eine AL-Motion für eine Reduktion der Flächen für kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum und Verzicht auf Reklamen mit dynamischem Inhalt.

Für Demonstrationsfreiheit: Erfolg für eine Motion von AL-Gemeinderat Moritz Bögli: Der Gemeinderat ändert im Juni 2025 die Polizeiverordnung und schafft Bussen für die Teilnahme an nicht bewilligten Kundgebungen ab.

Spenden!

Damit wir weiter für ein radikal soziales Zürich kämpfen können:

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Soziale Quartiernetze

«Caring Communities»: Diesen Begriff definieren Stadtratskandidatin Tanja Maag und Linda Gosteli, Gemeinderatskandidatin im Kreis 11, mit einer «solidarischen, sorgen- den Gemeinschaft, die gemeinsame Aufgaben trägt». Wir wollten es genauer wissen und trafen uns mit den beiden AL-Aktivistinnen zum Gespräch.

Es gibt schon zahlreiche private, niederschwellige Netzwerke im Bereich Nachbarschaftshilfe, Kultur und Bildung, die alle auf freiwilliger Basisarbeit beruhen. Was sollte die Politik, der Staat, dazu beitragen?

Tanja: Der Staat sollte Strukturen schaffen, auch, aber nicht nur finanzieller Art. Die Idee ist keinesfalls, dass bestehende Gemeinschaften in finanzielle Abhängigkeit geraten. Aber auch wenn sie auf Freiwilligenarbeit beruhen, diese Solidargemeinschaften funktionieren nicht ohne Geld. Auch die Vermittlung oder das Zurverfügungstellen von Räumen im weiteren Sinne, also auch attraktive Aussenräume, sind Möglichkeiten staatlicher Unterstützung.

Linda: Wichtig ist, dass eine Caring Community auf dem aufbaut, was in den Quartieren bereits da ist. Neue Projekte sollten nicht neben, sondern gemeinsam mit bestehenden Gruppen entstehen. Ein anschauliches Beispiel ist «Vicino» in Luzern: Betroffene, Nachbarschaft, Vereine, Organisationen und Verwaltung arbeiten hier eng zusammen. Die Gemeinwesenarbeit mit ihrem sozialräumlichen Ansatz wirkt Benachteiligungen entgegen, wird in der Stadt Zürich aber zurzeit vernachlässigt. Ressourcen in den Quartieren nutzen, Netzwerke stärken und sichtbar machen, über die vielfältigen Angebote niederschwellig informieren, vermitteln und auf Lücken aufmerksam machen, wie das Pilotprojekt «Drehscheibe» es tat: Hier hätte die Verwaltung einen wirkungsvollen Hebel.

Auch städteplanerische Aspekte spielen hier mit rein.

Linda: Ja, die Schaffung von Quartierplätzen mit barrierefreiem Zugang, die zum Aufenthalt einladen, kostenlose Quartiertreffpunkte, die sich anhand des Bedarfs entwickeln können und Mitwirkung zulassen und fördern. Aber auch Schaffung und Erhaltung von bezahlbaren Wohnungen gehören dazu.

Wo kann sich der Gemeinderat konkret einmischen?

Tanja: Zum Beispiel bei den Hochhaus-

richtlinien, die im Moment in der Kommission diskutiert werden. Neben Gebäudehöhen und Standorten geht es dort auch um Qualitätskriterien wie etwa die Aussenraumgestaltung, um genügend Gemeinschaftsräume und um nichtkommerzielle Angebote in den Erdgeschossen, was wiederum die Begegnung fördert. Dafür setzt sich die AL im Gemeinderat ein.

Linda: Auch die Idee der «Stadt der kurzen Wege» passt sich hier nahtlos ein. Ich war kürzlich in Barcelona und habe die enormen positiven Veränderungen gesehen, die die verkehrsberuhigten, begrünten Quartierblocks gebracht haben. Der negative Effekt dabei ist leider Gentrifizierung. Aber von der Vision her ist das sehr nahe bei der Idee von «Caring Communities»: Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen, viel mehr gemeinsamer Raum, Strassen, auf denen man sich aufhalten kann.

Der Begriff Caring Communities beinhaltet offenbar Vieles. Was ist die Essenz?

Tanja: Die Gefahr solcher konzeptartigen Begriffe ist, dass man fast alles hineinpacken kann. Die Idee dahinter ist mehr eine Haltung, wie eine Gesellschaft gestaltet sein soll: offen, vielfältig, solidarisch, kooperativ. Und dann schaut man, was es braucht, um dorthin zu kommen und das kann durchaus so eine visionäre Idee sein, wie sie in Barcelona umgesetzt wurde.

Linda: Die Essenz von Caring Communities ist gemeinschaftliche Fürsorge: Menschen organisieren sich vor Ort, sie schaffen verbindende Netzwerke, für alle Generationen gemeinsam. Wichtig scheint mir auch, von anderen Städten zu lernen. Die Stadt Zürich setzt momentan auch Quartierblocks um. Eine zentrale Frage ist dabei, wie wir der fortschreitenden Verdrängung entgegenwirken können.

Was macht die AL bisher im Bereich der Caring Communities? Und wo könnten wir vielleicht mehr tun?

Tanja: Wir haben uns mit einer dringlichen Motion für die Weiterführung der «Drehscheiben» starkgemacht. Die AL ist generell eine starke Verfechterin von Grundrechten, von Gleichberechtigung und Zugang für alle. Auch im Gesundheitsbereich arbeiten wir auf dieses Ziel hin. Wir sollten im Übrigen nicht so tun, als wüssten wir immer, was gut und richtig ist, sondern immer wieder Möglichkeiten ausloten, Austausch und Zusammenarbeit suchen. Ein starkes Beispiel sind Leute aus der AL, die Bewohnerinnen von Wohnsiedlungen vor Ort geholfen haben, Einsprachen gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen zu verfassen. Solche oder ähnliche niederschwellige Aktionen, da könnten wir als Partei sicher noch zulegen.

Interview Patrik Maillard, Redaktionsmitglied



Gemeinderätin und Stadtratskandidatin Tanja Maag (l.) und Linda Gosteli, Gemeinderatskandidatin im Kreis 11 (r.) im Gespräch (Bild: Patrik Maillard)

Petitionen und kein Ende



Die SVP schien einen Königsweg gefunden zu haben, wie sie die flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf Dübli Strassen zu verhindern

gedachte. Sie verlangte mit einer Volksinitiative, dass die Kompetenz für deren Einführung künftig vom Stadtrat zum Gemeindeparlament verschoben wird.

Die Bevölkerung stimmte im vergangenen Juni der Umsetzungsvorlage nach einem sehr verwirrenden und gehässigen Abstimmungskampf mit 60 Prozent Ja-Stimmen zu. Wie ich in der vorletzten Dübli-Kolumne geschrieben habe, hatte der Stadtrat unter Einbezug der Parteien eine Umsetzungsvorlage ausgearbeitet, die einzig von den Grünen und der SP (die ich in der Kolumne leider unterschlagen hatte – danke Hans für den Hinweis) abgelehnt wurde. Befürchtet wurde, dass der Weg zu Tempo 30 unnötig verlängert und komplizierter würde.

Nun: Die SVP jubelte über ihren Erfolg, ich war kurzzeitig hässig. Die Niederlage war aber schnell vergessen – schliesslich weiss ich aus langjähriger Erfahrung, dass sich immer wieder neue Möglichkeiten auftun und nichts so heiss gegessen wird, wie es gekocht wird.

Nur wenige Wochen später hörte ich von mehreren Tempo-30-Petitionen, die in verschiedenen Quartieren wie Pilze aus dem Boden schossen. Sie verlangten alle Tempo 30, sichere Schulwege, weniger Lärm und mehr Lebensqualität. Angefangen hatte es in meinem Quartier, im Hochbordquartier, wo die SP bereits 2024 erfolgreich eine Petition lanciert hatte. Kurz vor der Abstimmung im vergangenen Juni informierte die Stadt, dass das Anliegen berechtigt sei und sie dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreiten würde.

Offenbar interpretiert die Bevölkerung den Abstimmungsausgang vom Juni als Signal, das Heft selber in die Hand zu nehmen.

Judith Stofer,
AL-Kantonsrätin

Rückschlag und klarer Auftrag

Das Stimmvolk des Kantons hat die Initiative für ein kommunales Vorkaufsrecht («Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich») mit 59,3 Prozent deutlich abgelehnt. Für die Städte Zürich und Winterthur ist das ein massiver Dämpfer, denn gerade dort wäre das Instrument dringend nötig. Gleichzeitig zeigt das Resultat vor allem eines: Die Wohnpolitik ist hart umkämpft und geprägt von gezielter Angstkommunikation. Und genau daraus ergibt sich unser Auftrag für das kommende Jahr: Wir müssen noch stärker mobilisieren.

Die Immobilienlobby hat massiv mobilisiert und sehr viel Geld eingesetzt – und dabei vor allem mit einem Narrativ gearbeitet: der Angst vor Enteignung. Verbreitet wurde die Lüge, der Staat könne Einfamilienhäuser wegkaufen, Hausverkäufe verhindern und sogar bei Grundstückstransaktionen innerhalb der Familie reingrätzen. All das war nachweislich falsch. Die Initiative nahm kleine Parzellen und familieninterne Transfers explizit vom Vorkaufsrecht aus und die Gemeinden hätten selber entscheiden können, ob sie das Instrument nutzen wollen oder nicht. Trotzdem hat das Enteignungs-Narrativ verfangen, vor allem in Gemeinden mit hohem Eigentumsanteil.

Die Wohnungsfrage ist zentral für breite Teile der Bevölkerung. Die Mieten steigen längst nicht nur in den Städten, sondern auch in der Agglomeration und

auf dem Land. Das Vorkaufsrecht wäre ein wichtiges Werkzeug gewesen, mit dem Gemeinden grosse strategische Areale für gemeinnützigen Wohnraum hätten sichern können – ein entscheidender Hebel für langfristig stabile Mieten.

Trotz der verpassten Chance beim Vorkaufsrecht: Auch 2026 wird ein Wohnjahr. Wir stimmen über zwei weitere wohnpolitische Vorlagen ab. Im Juni kommt die Wohnschutz-Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbands vors Volk. Sie setzt dort an, wo heute die grössten Missstände bestehen: bei missbräuchlichen Mieterhöhungen nach Sanierungen, bei Renditen, die systematisch über das gesetzlich Zulässige hinausgehen, und bei Leerkündigungen, die zur Verdrängung ganzer Mieterschaften führen.

2026 ist nicht nur wohnpolitisch entscheidend. Gleich zu Beginn stehen die Gemeinderats- und Stadtratswahlen in den Städten an. Ein Rechtsrutsch würde die Wohnpolitik im Kanton zusätzlich ausbremsen, genau jetzt, wo die Bevölkerung wirksame Lösungen braucht.

Das Nein vom 30. November bremst uns nicht. Es zeigt nur, wie wichtig es ist, dass wir 2026 noch breiter und entschlossener mobilisieren. Die kommenden Abstimmungen und Wahlen entscheiden darüber, ob Kanton und Gemeinden endlich wirksame Werkzeuge gegen die Wohnungskrise erhalten.

Gianna Berger,
AL-Kantonsrätin

AL in Dietikon

Ausserhalb der Grossstädte Zürich und Winterthur halten nur die AL Limmattal und die Alternative Wetzikon Mandate im Gemeindeparlament. Das zeigt, wie schwierig es in den Parlamentsgemeinden ist, Personen zu finden, die ein solches Amt übernehmen wollen. Seit 16 Jahren vertrete ich die AL in Dietikon. Nun haben wir mit Gzim Dani einen Kandidaten gefunden, der in der nächsten Legislatur das AL-Mandat übernehmen könnte.

In der vergangenen Legislaturperiode konnten wir mit dem Referendum gegen den Gestaltungsplan Lägerstrasse einen wichtigen Akzent setzen. Trotz verlorener Volksabstimmung konnten wir deutlich machen, dass wir eine Mehrausnutzung ohne preisgünstige Wohnungen nicht akzeptieren. Beim Gestaltungsplan Post-/Zürcherstrasse war denn auch die SP sofort bereit, bei einem Referendum mitzuziehen.

Die Einwohnerzahl von Dietikon,

heute bei rund 28'000, wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Viele Bauten aus den 1950er und 1960er Jahren werden durch Neubauten ersetzt, was zu zahlreichen Leerkündigungen führt. Wir müssen verhindern, dass Einwohner:innen aus Dietikon verdrängt werden.

Für die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) hat der Gemeinderat eine Spezialkommission eingesetzt, in der die AL vertreten ist. Die BZO wird allerdings erst vom neuen Gemeinderat in Angriff genommen.

Heute verfügen Linke und Grüne im Dietiker Parlament mit 12 Sitzen über einen Drittel der Stimmen. Sofern alle mitziehen, reicht das immerhin für ein Behörden-Referendum. Bei den kommenden Wahlen geht es darum, den AL-Sitz zu verteidigen und die Linke insgesamt zu stärken.

Ernst Joss,
AL-Gemeinderat Dietikon

Medien als Vierte Gewalt



In den letzten Wochen stand eine normalerweise kaum beachtete Verwaltungsfrage im Fokus: Wohnsitzabklärungen des kantonalen Steueramts. Einzelne wohlhabende Steuerpflichtige hatten sich über Eingriffe in ihre Privatsphäre beschwert.

Worum geht es? Das Steueramt kann den tatsächlichen Lebensmittelpunkt von Menschen überprüfen, die dem Kanton Zürich beruflich oder privat verbunden sind, aber in einem anderen Kanton Steuern zahlen. Solche Abklärungen sind gesetzlich vorgesehen, betreffen aber potenziell sensible Daten, da es um persönliche Lebensumstände geht. Die Steuerbehörden dürfen alle erforderlichen Daten beiziehen – etwa Stromrechnungen, Fahrtenbücher oder Tankquittungen –, jedoch nur, wenn sie im Einzelfall notwendig und verhältnismässig sind. Gerade deshalb müssen Datensammlungen politisch kritisch begleitet werden.

Gänzlich verschoben wurde die Diskussion, als zuerst die NZZ und wenig später auch eine parlamentarische Anfrage der FDP im Kantonsrat den Begriff «Stasi» verwendete. Ein ahistorischer Vergleich, der mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun hat und Mitarbeitende unnötig belastet. Die bürgerliche Geschäftsleitung des Kantonsrats strich den Begriff später kommentarlos heraus. Die öffentliche Wirkung aber blieb bestehen, verschiedene Medien nahmen den Begriff «Steuer-Stasi» auf.

Hier zeigt sich die besondere Rolle der Medien als vierte Gewalt: Sie sind wichtig für demokratische Kontrolle, gleichzeitig prägt ihre Sprache die politische Wahrnehmung. Im Kantonsrat hat die AL mit einer Fraktionserklärung klargestellt, dass historische Entgleisungen die politische Kultur beschädigen. Und wie ungleich Kontrolle gesellschaftlich bewertet wird: Während Sozialversicherungen einkommensschwache Personen komplett durchleuchten, sorgt eine Überprüfung bei hohen Einkommen sofort für breite Empörung.

Gianna Berger,
AL-Kantonsrätin

Kein Problem im Hirschengraben?



Im September überraschte uns die Veröffentlichung eines Gutachtens betreffend der stereotypen Figurenköpfe in der Aula des Schulhauses Hirschengraben. Überraschend war, dass

der Stadtrat die Kompetenz zur Vergabe einer solchen Beurteilung von Rassismus beim Vorsteher des Schul- und Sportdepartements sah, dass Filippo Leutenegger den Auftrag an den Historiker Prof. Dr. Joseph Jung vergab und dass es im gesamten Gutachten weder Quellenangaben noch Zitate gibt.

Da vermochten die Schlussfolgerungen von Joseph Jung und Co-Autor Matthias Frehner nicht mehr zu überraschen. Obwohl die Büsten rassifizierte Personen darstellen und aus einer rassistisch geprägten Zeit stammen, kamen die beiden zum gleichen Schluss, den Leuteneggers Partei schon immer gezogen hat: alles kein Problem.

AL, Grüne und SP haben zusammen

eine dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht. Auf die Frage nach themenrelevanten Veröffentlichungen der beteiligten Historiker, konnte der Stadtrat keine einzige Publikation nennen. Auch wird im Gutachten argumentiert, dass die öffentliche Sichtbarkeit in diesem Fall wenig Relevanz habe, da der Raum schulisch genutzt werde. Nebennutzungen wie Seminare, Bankette und Hochzeiten werden gänzlich verschwiegen.

Egal, ob hier Schule gegeben wird, ob eine polizeiliche Befragung oder eine medizinische Untersuchung darin stattfindet, es ist ein Gebäude der Stadt Zürich mit offensichtlich rassifizierten Personendarstellungen. Wir dachten nach der Diskussion um die Inschriften im Niederdorf, dass die Stadt Zürich ihren Umgang mit rassifizierten Darstellungen und der Erinnerungskultur gefunden hat. Aber es braucht uns weiterhin, es braucht diejenigen, die dranbleiben und kritisch hinterfragen. Ein gesamtstädtisch koordinierter und intersektionaler Umgang mit der Stadtgeschichte ist dringend notwendig.

Sophie Blaser,
AL-Gemeinderätin

Unbequem & links

22. Oktober: Gemeinderat verabschiedet Parlamentarische Initiative von SP, Grünen und AL für sozialere Tarife bei der Kinderbetreuung.

27. Oktober: Einreichung Postulat von Kantonsrätin Nicole Wyss zur Sicherung des Schreiner Ausbildungszentrums Zürich (SAZ) als Lehrstätte.

29. Oktober: Gemeinderat überweist AL-Postulat zur längerfristigen Sicherstellung von Betrieb und Lehrstellen des SAZ. Postulat von AL und SP für Massnahmen gegen die Entwicklung zu immer breiteren Personenwagen wird überwiesen.

12. November: Gemeinderat überweist Postulat von AL, SP und Grünen zur Aufnahme schwerverletzter und kranker Kinder aus Gaza. Motion von Tanja Maag für dezentrale Anlaufstellen für kostenfreien und unbürokratischen Zugang zur Stadtverwaltung überwiesen.

19. November: AL-Fraktion fordert mit Motion ein Recht auf Barzahlung bei städtischen oder städtisch unterstützten Betrieben. AL-Motion für kostenlosen Eintritt für alle Frauen in der Frauenbadi wird überwiesen.

24. November: Kantonsrätin Lisa Letnansky fordert mit einem Postulat eine Datengrundlage und Unterstützung von Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

29. November: AL-Kreisgruppe 3 und Quartieraktivist:innen lancieren Internet-Aktion „Reclaim Wiedikon“ gegen den Vormarsch von Business Apartments und organisieren gut besuchten Protestspaziergang.

30. November: Zwei Dutzend AL-Aktivist:innen trotzen der Kälte und sammeln über 1000 Unterschriften für die Mietpreis-Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbands.

1. Dezember: Kantonsrat überweist Postulat von AL, SP, Grünen, EVP, Mitte und GLP zu «Opferhilfe bei digitaler Gewalt».

8. Dezember: Kantonsrat genehmigt die von Lisa Letnansky mit einem dringlichen Postulat geforderten Solidaritätsbeiträge für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen.



Eine Oase öffnen



Im November hat der Gemeinderat einen Vorstoss von mir überwiesen, der auf den ersten Blick unspektakulär erscheint: Frauen sollen die Frauen-

badi am Stadthausquai kostenlos besuchen dürfen. Acht Franken Eintritt – keine politische Schicksalsfrage, könnte man meinen. Und doch geht es um weit mehr als Bäderpolitik: Es geht um Zugangsgerechtigkeit an einem Ort, der für Zürcherinnen eine besondere Bedeutung hat. Wer die Frauenbadi kennt, weiss um den Mix aus historischem Ambiente, kühlendem Wasser und besinnlicher Stille. Eine Oase, in der Frau sein darf – oben ganz ohne, versteht sich.

Gerade weil er einzigartig ist, soll der Raum allen Frauen offenstehen – unabhängig vom Budget. Acht Franken sind für viele kein Problem, für andere hingegen ein Grund, zweimal nachzudenken. Und genau dies entscheidet über Teilhabe. Denn das Privileg, einmal unter sich zu sein – unabhängig von Herkunft, Religion oder Körperbild – ist nur dann inklusiv, wenn es nicht vom Portemonnaie abhängt.

Hinzu kommt: Zürichs Flussbäder sind alle gratis. Die Frauenbadi bildet eine Ausnahme, die auf einer absurden historischen Definition beruht: Weil der See früher noch bis zur Münsterbrücke reichte, deklarierte man sie zunächst als Seebad, später einigte man sich auf Beckenbad. Gleich geblieben ist einzig der Eintritt. Von diesen alten Zöpfen muss sich der Stadtrat nun verabschieden. Ebenso von seiner Warnung vor überbordendem Badetourismus. Diese Argumentation bröckelt spätestens beim Blick aufs Männerbad, wo der Gratis-Eintritt seit Jahren ohne Chaos oder Masseninvasion funktioniert. Wer Männern zutraut, sich zivilisiert gratis zu bewegen, sollte Frauen den selben Vertrauensvorschuss gewähren.

Die Stadt Zürich hat immer wieder bewiesen, dass sie offen ist für gesellschaftliche Entwicklungen. Der kostenlose Zugang zur Frauenbadi ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in diese Richtung. Für mich ist klar: Ab der nächsten Badesaison soll diese Oase allen Frauen gehören!

Tanja Maag,
AL-Stadtratskandidatin

Serbien im Aufruhr – Studierende gegen Vučićs System

Seit Monaten bebt Serbien. Immer mehr Menschen gehen auf die Strassen – angeführt von Studierenden, die genug haben von einem Staat, der ihnen keine Zukunft bietet. Was im Herbst 2024 nach dem Einsturz der Bahnhofsüberdachung in Novi Sad begann – einer Katastrophe mit 16 Toten – hat sich zu einer breiten Protestbewegung gegen das System von Präsident Aleksandar Vučić entwickelt.

Für viele Studierende ist der Einsturz ein Symbol für Korruption und Machtmissbrauch. Die Tragödie sei kein Unfall gewesen, sondern das Resultat jahrelanger Vetternwirtschaft und fehlender Kontrolle. Das Vertrauen in staatliche Institutionen ist erschüttert. In Belgrad, Novi Sad, Niš, Kragujevac und Dutzenden weiteren Städten demonstrieren Menschen täglich für Gerechtigkeit und gegen eine politische Elite, die sie als abgehoben und unantastbar empfinden. Sie fordern:

- Vollständige Offenlegung aller Bauunterlagen, Verantwortlichen und Zuwendungen rund um die Vordachkonstruktion in Novi Sad.
- Unabhängige, echte Gerichtsverfahren statt Willkür und Schutzmacht für Privilegierte.
- Rücktritt oder Ablösung der Verantwortlichen im Staatsapparat, die jahrzehntelang ein System von Gefälligkeiten und Intransparenz aufrecht erhalten haben.
- Freie Hochschulen, freie Presse und ein Staat, der Proteste nicht mit Gewalt beantwortet.

Die Regierung reagiert mit Härte: Festnahmen, Druck auf kritische Medien, Diffamierungen. Vučić spricht von «ausländischen Einflussagenten». Doch die Bewegung lässt sich nicht einschüchtern – sein Wort hat längst an Glaubwürdigkeit verloren.

An den Universitäten bilden sich Solidaritätskomitees, Vorlesungen wer-

den boykottiert, Dozierende schliessen sich an. «Wenn ein Dach einstürzt, stürzt auch das Vertrauen ein», sagt ein Student der Universität Belgrad. Die zentrale Forderung bleibt: Transparenz bei allen staatlichen Bauprojekten.

Auch international finden die Proteste Beachtung. EU-Vertreter:innen rufen zur Deeskalation auf, während die serbische Regierung jede Kritik als Einmischung abtut. Doch viele Beobachter sehen in der jungen Generation die einzige echte Opposition im Land.

In den letzten Monaten kam es fast wöchentlich zu neuen Kundgebungen. Besonders nach den Verhaftungen von Aktivist:innen und Enthüllungen über Korruption wuchs der Widerstand erneut. Auf Plakaten steht: «Ne pravdi, ne miru» – Kein Frieden ohne Gerechtigkeit.

Der Protest ist längst mehr als eine Reaktion auf einzelne Skandale. Er ist Ausdruck eines tiefen gesellschaftlichen Wandels. Die Menschen – allen voran die Studierenden – wollen ein Serbien, in dem Gesetze für alle gelten, Medien frei berichten dürfen und die Jugend nicht auswandern muss, um Perspektiven zu finden.

Vučićs Regierung steht unter Druck. Doch anstatt auf die Forderungen des Volkes einzugehen, setzt sie auf Kontrolle, Angst und Ablenkung. Die Bewegung aber wächst weiter: Jede Festnahme, jede Diffamierung stärkt ihren Zusammenhalt.

Der Zorn auf den Strassen ist zum Spiegel eines ganzen Landes geworden – eines Landes, das sich zwischen Autoritarismus und Demokratie entscheiden muss. Und diesmal scheint die Jugend fest entschlossen, nicht mehr zurückzuweichen.

Nikola Radošević,
AL-Gemeinderatskandidat



Protest in Niš am 1. März 2025 (Bild: Emilija Knezevic / Wikimedia)